

Herdecke – Witten – Düsseldorf und zurück 03/2020



Liebe Genossinnen und Genossen,

die letzten Wochen brachten einige langsame und vorsichtige Normalisierungen in unserem Alltag. Im Grundsatz habe ich dafür viel Verständnis. Wir alle sehnen uns nach Ordnung, Orientierung und Struktur in unserem Alltag. Davon war bei der Landesregierung in den vergangenen Wochen allerdings nicht viel zu sehen. Das heillose Durcheinander hat für viel Verunsicherung und Verwirrung gesorgt. So darf es jetzt auf keinen Fall weitergehen. Und die beschlossenen Lockerungen dürfen auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir alle nach wie vor sehr vorsichtig sein müssen. Der Gesundheitsschutz steht weiterhin an erster Stelle. Das muss auch die Landesregierung klar kommunizieren und deshalb jederzeit im Stand-by-Modus bleiben. Leider lässt das Krisenmanagement der Landesregierung in Zeiten von Corona zu wünschen übrig. Das gilt für die Öffnungen der Schulen und Kitas, zuletzt auch in der Gastronomie. Richtig wäre es gewesen, zunächst einmal den Weg zu einer schrittweisen Öffnung zu beschreiben und erst dann den Termin festzulegen. Die Prioritäten wurden völlig falsch gesetzt: Wer wirtschaftliches Leben wieder hochfahren will, muss erst einmal dafür sorgen, dass die Kinder wieder in die Schulen und in die Kitas gehen können! Wie soll das sonst funktionieren, wenn Eltern zur Betreuung zu Hause bleiben müssen? Nicht jeder Arbeitsplatz lässt sich auch aus dem Home-Office erledigen.

Wir haben deshalb ein 3-Phasen-Modell entwickelt, mit dem möglichst viele Kinder schon bald wieder in die Schule gehen könnten und welches auch die Zeit in und nach den Sommerferien in den Blick nimmt. Zentraler Gedanke dabei: Das Zusammenspiel aller pädagogischen Professionen ist jetzt gefordert – Praktiker*innen aller Schulformen, einschließlich derjenigen im Ganztage, Mitarbeiter*innen der Jugendhilfe sowie Wissenschaftler*innen. Und Kooperationen mit außerschulischen Lernorten sind jetzt gefragt: Dazu zählen Umweltstationen, Zoo- und Waldschulen genauso wie Museen und Kultureinrichtungen.

Ich halte eine Rückkehr zu Ordnung, Orientierung und Struktur im Bereich Schule und Kita für die wichtigste Voraussetzung, um überhaupt wieder zu einer Form von Normalität zurückkehren zu können. Aber: Rückkehr zur Normalität heißt nicht, dass wieder alles so werden soll wie vor der Krise. Es ist eine Chance, dass sich etwas ändert. Bleiben wir hoffnungsfroh!

Glück auf und ein frohes Pfingstfest,
eure Nadja Bütetführ

Schulstart in NRW Die Landesregierung verunsichert die Menschen in NRW mit ihrem konzeptlosen Schulstart. Der Bericht der Ministerin war eine einzige Enttäuschung und ein trauriger Beleg dafür, dass die Planung der Schulöffnungen von der Landesregierung mangelhaft vorbereitet wurde. Das Ministerium stiftet Verwirrung bei Schulleiterinnen und Schulleitern, Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schülern. Dazu nimmt sie die Kommunen als Schulträger in die Pflicht, ohne ihnen ein nachvollziehbares Konzept an die Hand zu geben. Ministerin Gebauer und Ministerpräsident Laschet haben mit ihrem unkoordinierten und hastigen Vorpreschen die Menschen in diesem Land verunsichert. Die Corona-Pandemie ist eine enorme Herausforderung für das Schulsystem.



Bildung ist ein hohes Gut, wie auch die Demokratie. Daher erwarten wir, dass es eine Grundplanung gibt. Wir wollen einen komplett durchdachten Maßnahmenkatalog – nicht mehr und nicht weniger. Aber man legt uns schlichtweg keine Planung bis zu den Sommerferien vor. Das ist inakzeptabel. Andere Länder wie etwa Rheinland-Pfalz und Niedersachsen machen vor, wie es geht. Dort liegen durchdachte Konzepte vor, die den Neustart nach der Krise möglich machen. Und es spricht Bände, wenn der Städte- und Gemeindebund in einem Schnellbrief an die Kommunen das bayerische Konzept als Vorbild benennt und es mit versendet. Die traurige Botschaft ist klar: Orientiert euch an Söder, Laschet kann es nicht! In der Schulpolitik herrscht nach wie vor Chaos, das auch Ministerin Gebauer nicht in den Griff bekommt. [Mit unserem Antrag](#) für mehr Sicherheit, Struktur und Klarheit an den Schulen geben wir ihr konkrete Maßnahmen an die Hand, wie sie es besser machen könnte. Dazu haben wir ein 3-Phasen-Modell entwickelt, das auch auf kreative Ansätze zurückgreift. Frau Gebauer muss nur wollen.

Zwischen Maskenpflicht und Lockerung Seit nun über einem Monat gilt also die Maskenpflicht. Nachdem sich Armin Laschet über Wochen dagegen ausgesprochen hatte, war ja klar, dass es sie geben würde. Spätestens als Markus Söder sie für Bayern angekündigt hat. Ich finde die Entscheidung richtig, auch wenn sie wieder mal zu spät gekommen ist. Wir haben ja schließlich auch darauf gedrängt. Solidarität, Freiheit, Gerechtigkeit kann man auch mit Maske zeigen. Wer Lockerungen ankündigt und durchsetzt, muss auch dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger sicher sind. Die Maskenpflicht kann dazu einen Teil



beitragen. Aber dann muss man es auch mit Konzept machen. Ein Konzept können wir bei dieser Landesregierung aber leider überhaupt nicht feststellen. Vor allem nicht in den Bereichen Schule und Kita. Da herrscht ein heilloses Durcheinander, das mal wieder auf dem Rücken der Kommunen ausgetragen

wird. Wir erwarten, dass uns Schulministerin Gebauer und Familienminister Stamp in der nächsten Woche erläutern, wie der genaue Fahrplan bis zu den Ferien aussehen soll. Die Landesregierung ist in diese Situation regelrecht reingestolpert. Komme, was wolle. „Wer sich fragt, was hinter den Lockerungsübungen von Laschet steckt, sollte vielleicht einfach auch dem Geld folgen“, hat unsere Kollegin Nadja Lüders jetzt dem WDR gesagt. Der hat aufgedeckt, dass ein Financier des sogenannten „Heinsbergprotokolls“ - also der PR-Vermarkter der viel zitierten Heinsbergstudie durch die Agentur StoryMachine von Kai Dieckmann und Michael Mronz - ein Großspender der CDU ist. Das sieht jedenfalls nicht nach Zufall aus und könnte manches erklären. Wir bleiben dran.

Unterstützung für Frauen Die Landesregierung hat endlich angekündigt, dass im Rahmen des Nachtragshaushaltes zusätzlich 1,5 Millionen Euro zur Unterstützung der Frauenhilfestruktur in der Corona-Krise freigegeben werden sollen. Es wird Zeit, denn die Arbeit von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen ist systemrelevant und bedarf finanzieller Unterstützung. Wir haben in den vergangenen Wochen immer wieder auf die angespannte Situation in den Frauenhilfestrukturen hingewiesen und waren über die Verharmlosungen seitens der Landesregierung erstaunt. Daher begrüßen wir die angekündigte, seit langem geforderte Aufstockung der Finanzmittel in diesem Bereich. Diese Mittel müssen jetzt zügig, flexibel und unbürokratisch zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig muss in solchen Krisensituationen auch gewährleistet sein, dass die Finanzhilfen entsprechend der Notlage angepasst werden. Trotz der finanziellen Aufstockung beharrt die Landesregierung weiterhin auf die strikte Interpretation der Zahlen zu den Polizeieinsätzen. Es wäre aber besser, die Warnung von Expertinnen und Experten vor dem Anstieg der häuslichen Gewalt in Krisen-

situationen ernst zu nehmen. Laut Angaben des Bundesfamilienministeriums hat die Nachfrage nach Beratung beim bundesweiten Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ in den vergangenen Wochen zugenommen. Allein in einer Woche sei eine Steigerung von 17,5 Prozent im Vergleich zu den Wochen zuvor zu vermelden. Das zeigt: Die aktuelle Datenlage dazu ist nicht besonders aussagekräftig. Daher appellieren wir weiterhin an die Landesregierung, auch hinter die reinen Zahlen zu schauen und die Zugänge, wie Frauen erreicht werden können, auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen.

AfD-Propaganda Laut Recherchen des Spiegel-Magazins „Bento“ sollen mehrere Mitarbeiter der AfD in Nordrhein-Westfalen, die aus dem Netzwerk der „Identitären Bewegung“ stammen, das rechte Online-Portal „Fritzfeed“ betreiben. Nach dem rassistischen Malbuch versucht die AfD-Fraktion mit einem obskuren Online-Portal offenbar erneut, junge Menschen aufzuhetzen. So werden bei „Fritzfeed“ den Recherchen zufolge Texte eins zu eins aus der Fraktionsarbeit übernommen und Beiträge des Portals über die Abgeordneten-Kanäle herausgespielt. Fraktionsmitarbeiter sollen dabei die Redaktionsarbeit koordinieren. Das ist kein Zufall, sondern unlautere Propaganda. Es braucht ein entschiedeneres Handeln dagegen. Wir fordern die Innenminister im Land und im Bund auf, das extremistische Netzwerk der Identitären Bewegung konsequenter zu bekämpfen. Dies beinhaltet sowohl ein



Verbot des gleichnamigen Vereins als auch die folgerichtige Kontrolle sämtlicher Nachfolgeorganisationen. Die AfD verhöhnt die Öffentlichkeit, wenn sie genau aus diesem Kreis einen „Pressesprecher“ rekrutiert, der in der Vergangenheit mit Brennfackeln Redaktionsgebäude besetzt haben soll. Wir Demokrat*innen im Landtag sind deshalb gefordert: Wir dürfen es nicht weiter zulassen, dass

sich rechtsextreme Hipster im Parlament tummeln, um eine menschenverachtende Öffentlichkeitsarbeit betreiben zu können. Rechts braut sich eine gefährliche Mischung zusammen, die nicht nur ins Parlament hineinschwappt, sondern auch aus ihm heraus. Fazit: Die AfD muss endlich vom Verfassungsschutz beobachtet werden!

Tag der Befreiung Vor nun 75 Jahren endete der bislang blutigste und menschenverachtendste Krieg in unserer Geschichte. In den letzten Wochen ist erneut die Debatte über den „Tag der Befreiung“ entbrannt. Richard von Weizsäcker hat schon vor mehr als 35 Jahren als Erster den 8. Mai als „Tag der Befreiung“ bezeichnet. Meine Meinung dazu: Er hat völlig Recht. Der 8. Mai 1945 war ein Tag der Befreiung. Der Befreiung von hunderttausenden KZ-Häftlingen und Zwangsarbeiter*innen – von Menschen, die diskriminiert und misshandelt wurden. Aber es war auch ein Tag der Befreiung von der Tyrannei des Nationalsozialismus. Ein Tag der Befreiung von einem menschenverachtenden System, das millionenfachen

Mord und unfassbares Leid über Deutschland und die Welt gebracht hat. Es war eine Befreiung für ganz Europa und die Welt. Deshalb dürfen und müssen auch wir heute von einem „Tag der Befreiung“ für uns sprechen! Die Erkenntnis, dass jedes Menschenleben den gleichen Wert hat, hat viel Blut und Leid gekostet. Wir sollten nicht müde werden, uns dieser fatalen Lehrstunde zu erinnern und unsere humanitären, freiheitlichen und demokratischen Werte zu schützen. Besonders vor denen, die uns wieder vergessen lassen wollen. Wer das anders sieht, hat nichts verstanden und geht nur den neuen Nazis in unserem Land und in unseren Parlamenten auf den Leim.



Kitaöffnung ab dem 8. Juni

Nachdem Minister Stamp zunächst die Mehrzahl der Kinder bis zur Sommerpause lediglich an zwei Tagen in die Kitas lassen wollte und er dafür massiv von allen Seiten kritisiert worden war, hat hier unser Druck gewirkt, und es wurde angekündigt, dass es zu einer deutlichen Erweiterung des Angebots kommt. Das war

auch überfällig! Die SPD hat in den vergangenen Wochen konkrete Vorschläge für einen Stufenplan mit einer angepassten Regelbetreuung ab dem 8. Juni gemacht. Eine endgültige Bewertung des Stamp-Modells wird erst nach Vorlage der Verordnungen möglich sein. In der Vergangenheit haben hier Träger und Beschäftigte bei dieser Landesregierung manch böse Überraschung erlebt. Aber eins ist bereits heute eindeutig: Familien werden weiter mit einem deutlich eingeschränkten Betreuungsangebot leben müssen. Für die SPD ist wichtig, dass es keine Gebühren für frühkindliche Bildung geben darf. Unter diesen Bedingungen müsste aber selbst Schwarz-Gelb klar sein, dass eine Wiedererhebung von Elternbeiträgen in diesem Kita-Jahr nicht vermittelbar ist. Alles andere wäre eine Ohrfeige für die Familien, die in der Corona-Krise viele Belastungen stemmen mussten und müssen. Die Gesundheit der Kinder und der Mitarbeiter*innen muss bei allen Bemühungen im Mittelpunkt stehen. Deswegen fordern wir eine deutliche Ausweitung der Testungen in den Kitas. Eine einzelne Modellkommune reicht dafür nicht aus. Dafür könnten bereits vor dem 8. Juni freie Testkapazitäten für die Kita-Beschäftigten eingesetzt werden. In keinem Bundesland ist die Teilzeitquote für junge Beschäftigte so hoch wie in Nordrhein-Westfalen. Mehr als 40 Prozent der unter Dreißigjährigen sind davon betroffen. Wir wollen Fachkräften in Teilzeit Angebote zur Aufstockung machen. Das wäre eine wichtige Unterstützung in einer Zeit, in der viele Beschäftigte in Risikogruppen nicht mit den Kindern arbeiten können. Das geht über die Pläne der Landesregierung, mehr Hilfskräfte anzuwerben, hinaus.

Witten und Herdecke

Geld für Kommunen Die Landesregierung hat am 21. April den Kabinettsentschluss über einen 2. Nachtragshaushalt 2020 vorgestellt. Die einzige Antwort der Landesregierung auf die zu erwartenden dramatischen Finanzprobleme der nordrhein-westfälischen Kommunen scheinen neue Schulden der Kommunen zu sein. Das ist verheerend. Unsere Städte und Gemeinden brauchen keine weiteren Schulden. Vor der Krise wurde über eine Lösung für den übergroßen Berg von Altschulden gesprochen. Nun will man auf diesen Berg noch eine weitere Schuppe neuer, zusätzlicher Schulden drauflegen. Das verschärft die Lage der Kommunen nur noch. Was unsere Kommunen aber brauchen, ist



neues Geld. Die Landesregierung hat für sich selbst beschlossen, dass die geringeren Steuereinnahmen des Landes aus dem 25 Milliarden Rettungsschirm ausgeglichen werden können. Den Kommunen verwehrt die Landesregierung bisher eine solche Lösung. Wir wollen die Kommunen unter den Rettungsschirm nehmen und endlich eine Lösung für die Altschulden auflegen. Die zusätzlichen Kreditmittel für den Bereich der Wirtschaft (Universalcorona) werden nur dann dem Anspruch der Landesregierung gerecht, die Unternehmen zu unterstützen, denen aktuell der Zugang zu Krediten nicht möglich ist, wenn sie für eine vollständige Haftungsfreistellung der Hausbanken der Unternehmen sorgt. Vorbild ist dabei das Schnellkreditprogramm von Bundesfinanzminister Olaf Scholz.

Lokalfunk in der Krise Es herrscht politischer Handlungsdruck. Infolge der Corona-Krise sind die Umsätze bei der Hörfunk- und Online-Werbung massiv zurückgegangen. Binnen weniger Tage sind immer mehr Werbekunden abgesprungen, Radiospots und Anzeigen wurden storniert. Die SPD in NRW setzt sich deshalb schon seit Wochen dafür ein, Soforthilfen für die lokalen Radiosender zu schaffen, die diesen Namen auch verdienen. Wir fordern zur Aufrechterhaltung des Sendebetriebs eine landesseitige Förderung von insgesamt rund 27 Millionen Euro für die nächsten sechs Monate. Das sind rund 100.000 Euro für jeden Radiosender pro Monat. Bei 44 Lokalradiosendern ergibt dies eine monatliche Fördersumme in Höhe von 4,4 Millionen Euro, die wir im Haushalts- und Finanzausschuss für die Dauer von sechs Monaten beantragt haben. Die von der Landesregierung verkündeten 700.000 Euro in Summe muten dagegen nicht nur mickrig an, sondern sind in Anbetracht der aktuellen Lage auch wirkungslos. Der so groß angekündigte „Solidarpakt“ für die 44 NRW-Lokalradios entpuppt sich bei näherem Hinsehen eher als Tropfen auf den heißen Stein. Hinter der Fassade aus schönen Worten verbirgt sich letztlich keinerlei finanzielle Substanz. Klar ist schon jetzt, dass das von der Landesregierung in Aussicht gestellte Hilfspaket den Lokalradios nicht ansatzweise helfen wird: Der „Pakt“ beinhaltet

finanzielle Unterstützungsleistungen in Höhe von 700.000 Euro für insgesamt 44 Lokalradiostationen. Das sind umgerechnet weniger als 16.000 Euro für unseren Lokalsender Radio Ennepe Ruhr – eine finanzielle Lachnummer. Die lokalen Radiostationen brauchen jetzt eine umfassende und unbürokratische finanzielle Unterstützung der Landesregierung. Die SPD-Landtagsfraktion hatte die Landesregierung bereits am 1. April in einem Antrag aufgefordert, das lokale Radiosystem in NRW zu sichern und zielgerichtet finanzielle Hilfen zu schaffen. Dies wurde jedoch von CDU, FDP und AfD abgelehnt. Gerade in der aktuellen Krise erfüllt auch unser Lokalradio eine systemrelevante Aufgabe. Auf so



kleiner, regionaler Ebene können alle wichtigen Informationen im EN-Kreis schnell verbreitet werden, und das muss auch so bleiben. Da dürfen die Sender doch nicht um ihre Existenz kämpfen müssen. Es gibt mittlerweile Hilfspakete in Millionenhöhe für verschiedenste Bereiche, ob Zoos, Sportvereine

oder Mietfahrzeuge, alle wurden mit Hilfsleistungen bedacht. Nur die Lokalradios bleiben auf der Strecke. Das „Memorandum of Understanding“, in dem sich die Veranstalter dazu verpflichtet haben, auf den Abbau von redaktionellen Arbeitsplätzen zu verzichten und das Volumen der Aufträge für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf einem Niveau von 75 Prozent zu garantieren, begrüßt die SPD-Fraktion. Unbeantwortet bleibt allerdings, warum dabei als Bezugswert der Monat April gewählt wurde, in dem es für viele freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Lokalfunk bereits keine Aufträge mehr gab.

Landtagsarbeit von Zuhause Seit März gelten in vielen Behörden und Ämtern besondere Regeln und Richtlinien zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Doch nur weil kein „Normalbetrieb“ herrscht, stehen die Räder in Düsseldorf und NRW noch lange nicht still. So wie viele andere mussten auch wir Abgeordnete uns mit den neuen Gegebenheiten arrangieren. Ein Werkzeug wurde dabei unabdingbar: Die Video-Konferenz. Neben den Unterredungen in den einzelnen Arbeitskreisen, in der Landtagsfraktion und mit den SPD-Stadtverbänden von Witten und Herdecke, kam es auch zum Austausch mit den Sozialverbänden und Krankenhäusern im Ennepe-Ruhr-Kreis, um trotz Kontaktbeschränkungen auf dem neusten Stand der Entwicklungen vor Ort zu bleiben. So konnte ich aus erster Hand Berichte



über die Auswirkungen der Beschränkungen, die Ausstattung mit Schutzausrüstung oder auch die Wirksamkeit der vom Land verordneten Gegenmaßnahmen und Hilfspakete in Erfahrung bringen. Diese Eindrücke nehmen wir als Opposition zum Anlass, um notwendige Verbesserungen der Maßnahmen zu erwirken. Auch die finanzielle Situa-

tion einzelner Branchen, Unternehmen und Firmen hat sich in den letzten Monaten radikal verschärft. Als Knotenpunkt zwischen Wirtschaft vor Ort und dem Landtag legen wir als Abgeordnete großen Wert darauf, auch mit den lokalen Akteuren in Kontakt zu bleiben. So kam es beispielsweise zwischen Radio Ennepe-Ruhr oder auch den Deutschen Edelstahlwerken zu einem regelmäßigen Austausch. Ich hoffe, dass wir auch in der Zeit nach Corona diesen guten und produktiven Austausch beibehalten können.

Impressum

Dr. Nadja Bütefuehr MdL

Annenstr. 8
58453 Witten
02302 1767680
nadja.buetefuehr@landtag.nrw.de

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
0211 8842292
www.nadja-buetefuehr.de